

Turning point

ETHOS-NEWSLETTER ZU GOVERNANCE UND NACHHALTIGKEIT



EDITORIAL : Während das Klima aus den Fugen gerät, gerät auch die Regulierung aus den Fugen

Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens im Jahr 2015 war das globale Klimaziel bekannt, oft wiederholt und vor allem in klar in Zahlen ausgedrückt: Die Erderwärmung sollte auf höchstens 1.5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden, um die Auswirkungen des Klimawandels – wie extreme Wetterereignisse, Gletscherschmelze und steigende Meeresspiegel – möglichst gering zu halten.

Angesichts der immer neuen Hitzerekorde, die Monat für Monat und Jahr für Jahr aufgestellt wurden, ist dieses Ziel jedoch ins Wanken geraten und letztendlich gescheitert. Laut einer im Juni veröffentlichten [wissenschaftlichen Studie](#) beträgt das der Menschheit verbleibende CO₂-Budget, bevor die +1.5 °C-Schwelle überschritten wird, nur noch 130 Gigatonnen CO₂. Bei der derzeitigen Emissionsrate entspricht dies einem Zeitraum von drei Jahren. Mit anderen Worten: Das Ziel für 2050 könnte bereits 2028 überschritten werden.

Zwar bleibt noch Zeit zu handeln, doch dieses Zeitfenster schliesst sich rasant. Die Studienautorinnen und -autoren betonen, jedoch, dass sich das Tempo des Emissionsanstiegs dank des Einsatzes sauberer Technologien zu verlangsamen scheint. Schnelle und strikte Emissionsreduktionen sind jedoch wichtiger denn je, denn jede vermiedene Erhöhung der Erwärmung reduziert künftige Schäden und menschliches Leid, insbesondere für verletzte und benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Dies setzt voraus, dass Regierungen regulatorische Massnahmen verstärken. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Ohne die Vereinigten Staaten zu erwähnen, hat [der Europäische Rat](#) beschlossen, über den Vorschlag der EU-Kommission in ihrem «Omnibus»-Projekt zur Vereinfachung der Nachhaltigkeitsvorschriften hinauszugehen. Demnach würde die CSRD nur noch für Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 450 Millionen Euro gelten, während die Kommission einen Schwellenwert von 50 Millionen Euro vorgeschlagen hatte. Was die CS3D betrifft, so würde sie nur für Unternehmen mit mehr als

5000 Beschäftigten und einem Umsatz von 1.5 Milliarden Euro gelten. Das entspricht 997 Unternehmen in Europa und einer Reduzierung um fast 70 % im Vergleich zu den Vorschlägen der Kommission.

Der Bundesrat ist, wie üblich, nicht viel ehrgeiziger. So beschloss er **am 25. Juni 2025**, die Revision der Verordnung über die Klimaberichterstattung von Unternehmen vorläufig auszusetzen, um weitere Omnibus-Entwicklungen abzuwarten. Anders ausgedrückt: Während sich die Klimakrise zuspitzt und ihre Folgen immer drastischer werden, kann die Regulierung menschlicher Aktivitäten durchaus noch warten.

WICHTIGE NACHRICHTEN

Kurz nach der Tragödie in Blatten, bei der die Weltöffentlichkeit die Auswirkungen des Klimawandels live miterleben konnte, hat das Bundesamt für Umwelt seine **Klima-Risikoanalyse** für die Schweiz und deren Entwicklung bis zum Jahr 2060 aktualisiert. Zunehmende Hitze, ansteigende Sommertrockenheit, erhöhte Waldbrandgefahr, starke Hochwasser, Überschwemmungen, Erdbeben, Hagel und Stürme, schneearme Winter sowie die Verschlechterung ganzer Ökosysteme. Der Befund ist eindeutig: Von den 34 analysierten Risiken werden 12 bereits jetzt als hoch oder sehr hoch eingestuft.

Eine weitere, im Juni veröffentlichte und immer sehr erwartete **Studie** ist die von Swiss Re zu aufkommenden Risiken, die sich auf die Versicherungsbranche auswirken könnten. In der Ausgabe 2025 liegt ein Schwerpunkt auf den Kosten extremer Hitze. Auch hier fällt das Urteil eindeutig aus. So erfährt man beispielsweise, dass jedes Jahr 480'000 Todesfälle auf Hitzewellen zurückzuführen sind, mehr als durch Überschwemmungen, Erdbeben und Wirbelstürme zusammengenommen. Oder dass Waldbrände, die durch Dürre und hohe Temperaturen verstärkt wurden, zwischen 2014 und 2023 versicherte Schäden in Höhe von 74 Milliarden US-Dollar verursachten.

Die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken sind inzwischen allgemein bekannt. Dennoch ist nicht zu erwarten, dass Banken zur Eindämmung dieser Risiken massgeblich beitragen. Der Bericht «**Banking on Climate Chaos 2025**», der die Finanzierung fossiler Energien durch die 65 grössten Banken weltweit analysiert, zeigt, dass diese im Jahr 2024 insgesamt 869 Milliarden US-Dollar an Unternehmen im Bereich fossiler Energien vergeben haben, was einem Anstieg von 23 % gegenüber 2023 entspricht. Verantwortlich dafür sind nicht nur US-amerikanische Banken: Von den 24 erfassten europäischen Banken haben 13 ihre Finanzierung fossiler Energien im vergangenen Jahr erhöht.

Auch hier ist von den Behörden wenig Gegensteuer zu erwarten. In den Vereinigten Staaten liess **die SEC** eine Reihe von Vorschriften fallen, die darauf abzielten, "Greenwashing" zu bekämpfen, indem sie die Verwendung von Begriffen wie «ESG» und «nachhaltig» im Namen und in der Strategie von Investmentfonds stärker reglementierten. In Europa kündigte **die Kommission** ihre Absicht an, die Richtlinie über Umweltangaben zurückzuziehen. Auch diese zielte darauf ab, «Greenwashing» zu bekämpfen, indem sie Unternehmen dazu verpflichtet hätte, ihre ökologischen Behauptungen zu belegen und prüfen zu lassen. Diese Entscheidung wurde in einem fortgeschrittenen Verhandlungsstadium getroffen und von vielen Beobachtenden als erneuter Rückschlag für den europäischen Grünen Deal gewertet.



GENERALVERSAMMLUNGEN

GOOD NEWS

Erfreulicherweise gibt es im Juni 2025 auch einige gute Nachrichten zu vermelden. Laut **der ESG-Umfrage 2025** von BNP Paribas bleibt die grosse Mehrheit der institutionellen Anlegerinnen und Anleger dem nachhaltigen Investieren verpflichtet, auch wenn sie sich in der Kommunikation zurückhaltender zeigen als in den Vorjahren. So geben 87 % der Befragten an, dass ihre ESG-Ziele unverändert bleiben. 84 % sind zudem der Meinung, dass sich das Tempo der Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit bis 2030 fortsetzen oder beschleunigen wird.

Die Saison der Generalversammlungen (GV) neigt sich dem Ende zu, insbesondere in der Schweiz, wo 193 der 204 börsenkotierten Unternehmen, die von Ethos abgedeckt werden, ihre ordentliche Versammlung bereits durchgeführt haben.

Wie zu Beginn der Saison befürchtet und ohne die Ergebnisse einer Studie zu verraten, die Ethos im Herbst veröffentlichen wird, kam es im Jahr 2024 zu einem durchschnittlichen Anstieg der Vergütungen der Führungsinstanzen. Das Aktionariat blieb in dieser Frage jedoch kritisch. Vergütungsberichte wurden mit durchschnittlich 86.1 % der Stimmen angenommen. Bei drei Unternehmen (Leonteq, Tecan und Temenos) wurde der Vergütungsbericht oder das Vergütungspaket sogar von einer Mehrheit der Aktionärinnen und Aktionäre abgelehnt. In allen drei Fällen hatte Ethos empfohlen, gegen diese Traktanden zu stimmen.

Nicht nur in der Schweiz sorgen hohe Gehälter für Unmut. Auch in den Vereinigten Staaten, wo Jahresvergütungen von über 50 Millionen US-Dollar keine Seltenheit sind, kam es während der GV-Saison 2025 zu zahlreichen Protestabstimmungen. So wurden mehrere Vergütungsberichte abgelehnt, was als deutliches Zeichen zunehmender Aktionärsopposition gegen als überhöht oder leistungsfern wahrgenommene Pläne zu deuten ist. Besonders aufschlussreich war die Abstimmung bei Warner Bros Discovery: Der «Say on Pay»-Beschluss erzielte lediglich **41 % Zustimmung**. Offensichtlich missfiel es dem Aktionariat, dass der CEO fast 52 Millionen US-Dollar erhielt, davon eine Million für persönliche Sicherheitsausgaben, während das Unternehmen gleichzeitig einen Verlust von 11.5 Milliarden US-Dollar verzeichnete.

Während andere Berichte zurückgewiesen wurden, z. B. auf der GV von Otis World, schien der Protest in der Finanzbranche besonders stark zu sein. So erhielt das «Say on Pay» von Goldman Sachs nur 66 % Zustimmung, gegenüber 86 % im Vorjahr. Hauptgrund hierfür war die Gewährung von Retentionsprämien in Höhe von 80 Millionen US-Dollar an CEO David Solomon und Präsident John Waldron. Diese wurden von den Aktionärinnen und Aktionären als **übermässig und zu wenig leistungsorientiert** bewertet. Der «Say on Pay»-Beschluss von BlackRock erzielte mit 67 % eine etwas höhere Zustimmung als 2024 (59 %).

Der niederländische Pensionsfonds ABP, einer der grössten Europas mit über 500 Milliarden Euro verwaltetem Vermögen, **befragte seine Mitglieder und Versicherten** zur Anlagestrategie. Das Ergebnis ist eindeutig: 78 % sprechen sich für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Anlagestrategie aus. Zum Vergleich: Vor zwei Jahren waren es noch 66 %.

Zu guter Letzt: Wer das Glas lieber halb voll sieht, kann sich über die Ergebnisse der dritten UN-Ozeankonferenz in Nizza freuen. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten haben über 170 Staaten eine öffentliche **Erklärung** unterzeichnet, die in der Presse allgemein als ehrgeizig bezeichnet wurde und die internationale Gemeinschaft zu dringlichem Handeln zum Schutz der Ozeane verpflichtet. Zu den geplanten Massnahmen gehören unter anderem ein verstärkter Kampf gegen Plastikverschmutzung sowie die Schaffung zusätzlicher mariner Schutzgebiete. Für diejenigen, die das Glas eher halb leer sehen: Gleichzeitig lancierte der Präsident der Vereinigten Staaten eine Initiative zur Rohstoffsuche in der Tiefsee...



ZAHL DES MONATS

Das Gesamtvolumen der nachhaltigen Anlagen stieg in der Schweiz im vergangenen Jahr um 13 % und erreichte per 31. Dezember 2024 einen Stand von CHF 1881 Milliarden. Dies geht aus der **«Swiss Sustainable Investment Market Study 2025»** von Swiss Sustainable Finance zum nachhaltigen Anlagemarkt hervor. Für den Dachverband, der betont, dass dies eine deutliche Erholung nach dem moderateren Anstieg im



Jahr 2023 ist, zeigt dies, dass der «ESG-Backlash» die Schweiz nicht erreicht zu haben scheint.

AKTUELLES BEI ETHOS

Am 17. Juni hielten die Ethos Stiftung und Ethos Services in Bern **ihre Generalversammlungen** ab. Die Mitglieder der beiden Räte wurden für ein Jahr wiedergewählt und alle Traktanden genehmigt, beginnend mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2024, der erstmals in Form eines integrierten Berichts vorgelegt wurde. Dieser wurde unter Bezugnahme auf den GRI-Berichtsstandard (Global Reporting Initiative) erstellt, wobei Hauptindikatoren von der Firma Forvis Mazars einer unabhängigen und begrenzten Prüfung (Limited Assurance) unterzogen wurden.

Im Rahmen dieser Jahresversammlung wurde zudem der Start der neuen Online-Lernmodule bekannt gegeben, welche das Grundlagentraining zur nachhaltigen Anlagen bilden. Diese Module sind ab sofort auf der **Ethos-eigenen Bildungsplattform** auf Deutsch, Französisch und Englisch verfügbar.

Am 25. Juni feierte der Fonds «BCV FUND (LUX) – Ethos Climate ESG Ambition» **sein einjähriges** Bestehen. Gleichzeitig wurde der erste Nachhaltigkeitsbericht dieses Aktienfonds veröffentlicht. Dessen Ziel ist es, in Unternehmen zu investieren, die aktiv zum ökologischen Wandel und zur Reduktion der Folgen des Klimawandels beitragen.

Schliesslich nahm Ethos an der Konsultation der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zu den technischen Standards für die Regulierung von ESG-Ratingagenturen teil. In ihrer **Stellungnahme** unterstützt Ethos die EU-Initiative im Allgemeinen, insbesondere um sicherzustellen, dass die Dienstleistungen für Investoren nicht durch zusätzliche Dienstleistungen für Emittenten verzerrt werden. Ethos äussert jedoch Vorbehalte zu gewissen Aspekten der vorgeschlagenen Regulierung, insbesondere hinsichtlich einer potenziellen Überregulierung kleiner Anbieter. Dies erscheint umso problematischer, da die Europäische Kommission im Rahmen des Omnibus-Pakets gleichzeitig daran arbeitet, die regulatorische Belastung für private Emittenten zu verringern. Das Ergebnis ist ein regulatorisches Ungleichgewicht: ESG-Ratingagenturen, häufig kleine, forschungsbasierte Organisationen, sehen sich mit zunehmenden Compliance-Risiken konfrontiert, während die von ihnen bewerteten Unternehmen von regulatorischen Erleichterungen profitieren.

Diese Asymmetrie wirft Fragen hinsichtlich der politischen Zielsetzung auf. Nach Einschätzung von Ethos besteht die Gefahr, dass der regulatorische Druck von den grossen Marktakteuren auf jene Akteure verlagert wird, die eigentlich ihre Überwachung sicherstellen sollen. Dies könnte die Unabhängigkeit und Vielfalt im ESG-Ratingsektor schwächen und das europäische Programm für nachhaltige Finanzen langfristig gefährden. Auch die EASRA, deren Mitglied Ethos ist, hat an der Konsultation teilgenommen und öffentlich **Stellung** bezogen.

Pressespiegel :

- **«Ohne uns machen die da oben, was sie wollen»**. (Beobachter, 23 Juni 2025)
 - **Ethos expands proxy voting services to Germany via Monega partnership**. (IPE, 2 Juni. 2025)
-

Abonnieren

Die **Ethos Stiftung** schliesst mehr als 250 schweizerische Pensionskassen und andere steuerbefreite Institutionen zusammen. Sie wurde 1997 zur Förderung einer nachhaltigen Anlagetätigkeit und eines stabilen und gesunden Wirtschaftsumfelds gegründet.

Das Unternehmen **Ethos Services** betreut Beratungsmandate für nachhaltige Anlagen. Ethos Services bietet nachhaltige Anlagefonds, Analysen von Generalversammlungen mit Stimmempfehlungen, Programme für den Aktionärsdialog mit Unternehmen sowie Nachhaltigkeits-Ratings und -Analysen von Unternehmen an. Ethos Services ist Eigentum der Ethos Stiftung und mehrerer Mitgliedsinstitutionen der Stiftung.

